Entscheidungserhebliche Gründe

zum Beschluss des ergänzten Bewertungsausschusses nach § 87 Abs. 5a SGB V in seiner 119. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) zur Vergütung der Leistungen der ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung gemäß § 116b Abs. 6 Satz 8 SGB V mit Wirkung zum 1. Juni 2025

1. Rechtsgrundlage

Der ergänzte Bewertungsausschuss gemäß § 87 Abs. 5a SGB V hat gemäß § 116b Abs. 6 Satz 8 SGB V bis zum Inkrafttreten einer Vereinbarung nach § 116b Abs. 6 Satz 2 SGB V die im Rahmen der ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung (ASV) abrechnungsfähigen Leistungen auf der Grundlage des einheitlichen Bewertungsmaßstabes (EBM) zu bestimmen.

2. Regelungshintergrund

Mit Beschluss des ergänzten erweiterten Bewertungsausschusses nach § 87 Abs. 5a SGB V zur Vergütung der Leistungen der ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung gemäß § 116b Abs. 6 Satz 8 SGB V in seiner 1. Sitzung am 20. Juni 2014, zuletzt geändert durch den Beschluss des ergänzten Bewertungsausschusses in seiner 9. Sitzung am 6. Juni 2016, stellen die im Appendix – Abschnitt 1 der jeweiligen Konkretisierung der Richtlinie ambulante spezialfachärztliche Versorgung § 116b SGB V (ASV-RL) aufgeführten EBM-Positionen die abrechnungsfähigen Gebührenordnungspositionen nach § 116b Abs. 6 Satz 8 SGB V dar.

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat am 17. Oktober 2024 einen Beschluss über eine Änderung der Richtlinie ambulante spezialfachärztliche Versorgung § 116b SGB V (ASV-RL): Umstrukturierung des Verfahrens der Jährlichen Anpassung der Appendizes an den aktuellen Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) gefasst, welcher am 29. Mai 2025 in Kraft getreten ist. Durch diese Beschlussfassung soll eine zügigere Anpassung der in der ASV abrechenbaren Leistungen aufgrund von Änderungen im EBM ermöglicht werden. Die Umstrukturierung des Verfahrens wurde gemeinsam in den Gremien des G-BA und des ergänzten Bewertungsausschusses beraten und erfolgreich erprobt. Durch die Umstrukturierung des Verfahrens ergeben sich insbesondere durch das

bedingte Außerkrafttreten der Appendizes der Anlagen zur ASV-RL Änderungen zu den Festlegungen in dem Beschluss des ergänzten Bewertungsausschusses in seiner 9. Sitzung.

3. Regelungsinhalte

Mit dem vorliegenden Beschluss passt der ergänzte Bewertungsausschuss die Regelungen zu den abrechnungsfähigen Gebührenordnungspositionen in der ASV dahingehend an, dass bei der Einführung neuer ASV-Indikationen durch den G-BA die in dem Appendix der Anlage zur ASV-RL enthaltenen Gebührenordnungspositionen des EBM durch einen Beschluss des ergänzten Bewertungsausschusses übernommen und ggf. aufgrund von zwischenzeitlichen Änderungen im EBM angepasst oder ergänzt werden. In Folge dieser Beschlussfassung kann der Appendix gemäß § 5a der ASV-RL¹ zu dem dort genannten Zeitpunkt außer Kraft treten. Die abrechnungsfähigen Leistungen sind dann in den Übersichten zu der jeweiligen Indikation, die auf der Internetseite des Instituts des Bewertungsausschusses veröffentlicht werden, gelistet. Daraufhin können weitere durch den (Erweiterten) Bewertungsausschuss vorgenommene Änderungen im EBM für die ASV weitestgehend durch den ergänzten Bewertungsausschuss umgesetzt werden, sofern der durch den G-BA in Nummer 2 der jeweiligen Anlage zur ASV-RL spezifizierte Behandlungsumfang nicht abgeändert wird.

Wenn der G-BA den Behandlungsumfang durch Aktualisierungen in den Anlagen zur ASV-RL ändert und anhand von Gebührenordnungspositionen des EBM in einem erneuten Appendix spezifiziert, wird der ergänzte Bewertungsausschuss diese Gebührenordnungspositionen wiederum durch Beschluss als abrechnungsfähige Leistungen übernehmen, so dass dieser Appendix ebenfalls nach den Regelungen in § 5a ASV-RL¹ außer Kraft treten kann.

4. Inkrafttreten

Der Beschluss tritt zum 1. Juni 2025 in Kraft.

¹ Bis zum Inkrafttreten des Beschlusses des Gemeinsamen Bundesausschusses über eine Änderung der Richtlinie ambulante spezialfachärztliche Versorgung § 116b SGB V (ASV-RL): Aktualisierung der ASV-RL vom 15. Mai 2025 lautet der Verweis „§ 5b der ASV-RL“.